

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 15-16/76

Berlin

14. April 1976

43. Jahrgang

Häglin

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1976

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 8. April 1976

Die Lage der Weltwirtschaft

In den westlichen Industrieländern haben sich im Laufe des Winterhalbjahres die Auftriebskräfte durchgesetzt. Nach den USA stehen nunmehr auch die meisten westeuropäischen Volkswirtschaften im Zeichen der konjunkturellen Erholung. Die Kapazitätsauslastung steigt wieder, und die Beschäftigungslage hat sich leicht gebessert. Die Arbeitslosigkeit ist aber erst vereinzelt zurückgegangen. Das Inflationstempo hat – bei erheblichen Unterschieden von Land zu Land – insgesamt nicht mehr nennenswert nachgelassen. Im Zuge der konjunkturellen Erholung einsetzende Passivierungstendenzen der Leistungsbilanzen haben in Ländern mit strukturellen Defiziten beträchtliche Abwertungen ihrer Währungen ausgelöst.

Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs in den USA

In den USA wird die Expansion – nach einem lagerbedingten Schub im Herbst letzten Jahres – nunmehr von allen inländischen Nachfragekomponenten getragen. In fast allen Bereichen steigt die Produktion wieder zügig an. Dies hat sowohl zu einer höheren Auslastung der Produktionskapazitäten als auch zu einer merklichen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation geführt: Es kam nicht nur zu einer Normalisierung der Arbeitszeit, sondern auch zu einer deutlichen Erhöhung der Beschäftigtenzahl. Die Arbeitslosenquote ist bis zum März 1976 auf 7,5 vH – saisonbereinigt – gesunken, nach 9,2 vH auf ihrem Höhepunkt im Mai 1975.

Nachdem die private Konsumnachfrage als Folge steuerlicher Entlastungen bereits im Frühjahr 1975 angesprungen war, belebte sich gegen Jahresende nach einem zweijährigen Rückgang mit der Verbesserung der Gewinn- und Absatzsituation auch wieder die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Zusammen mit der Einkommensexpansion der privaten Haushalte trugen Zinssenkungen dazu bei, daß sich der Wohnungsbau weiter zügig erholte.

Seit Anfang dieses Jahres hat sich die Handelsbilanz passiviert, nachdem 1975 beträchtliche Exportüberschüsse erreicht worden waren. Die Einfuhr ist als Folge der lebhaften Inlandsnachfrage um die Jahreswende beschleunigt gestiegen, während sich der Export wegen rückläufiger Lieferungen von Agrargütern vorübergehend sogar verringert hat.

Der Preisanstieg hat sich seit der Jahreswende weiter verlangsamt, weil vor allem die zuvor kräftig gestiegenen Nahrungsmittel- und Energiepreise wieder zurückgingen. Die Preise industrieller Fertigprodukte wurden nach wie vor nur wenig heraufgesetzt. Auslastungsbedingte Produktivitätsfortschritte sowie verringerte Nominalloohnerhöhungen führten dazu, daß die Unternehmen auch ohne größere Preissteigerungen eine beträchtliche Verbesserung ihrer Gewinnsituation erzielen konnten.

Während die Finanzpolitik der konjunkturellen Erholung kräftige Impulse gab, zielt die Geldpolitik seit einem Jahr auf eine Verringerung des Preisanstiegs ab. Nachdem die monetäre Expansion im Spätsommer 1975 verlangsamt worden war, expandierte das Geldvolumen nur noch mit einer Rate, die unter der vorgegebenen Marge von $4\frac{1}{2}$ –7 vH p. a. (M_1) lag. Da die Kreditnachfrage insgesamt schwach blieb – die Neuverschuldung des Staates schwächte sich seit Mitte letzten Jahres ab –, kam es zu weiteren Zinssenkungen. Dabei schlugen sich im Rückgang der langfristigen Zinsen zuletzt sicherlich auch die geringeren Inflationserwartungen nieder.

Der Konjunkturaufschwung wird sich im Jahre 1976 etwa im bisherigen Tempo fortsetzen. Die Entwicklungstendenzen der verfügbaren Einkommen und der Verbraucherpreise lassen kaum eine Abschwächung der realen Konsumzunahme erwarten. Die weiter auf eine Inflationsberuhigung ausgerichtete Geldpolitik dürfte verhindern, daß es zu einem spekulativen Lageraufbau ähnlich wie in der letzten Aufschwungsphase kommt. Der gleiche Grund spricht dafür, daß auch die Nachfrage nach Wohnbauten nicht so stürmisch voranschreiten wird. Die Aussicht auf eine nachhaltig expandierende Nachfrage dürfte die Unternehmen veranlassen, ihre Investitionstätigkeit zu verstärken.

Für das Jahr 1976 kann mit einer Zunahme des realen Sozialprodukts von etwa $6\frac{1}{2}$ vH gerechnet

werden (1975: – 2 vH). Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich im Jahresdurchschnitt auf 5 bis 6 vH belaufen, nach 9,2 vH im Jahre 1975. Die Zunahme der Einfuhren wird sich zügig fortsetzen und vermutlich die der Ausfuhren deutlich übertreffen, so daß der Handelsbilanzüberschuß erheblich geringer als im Vorjahr sein wird.

Beginnender Aufschwung in Westeuropa

In Westeuropa hat sich die konjunkturelle Erholung im Laufe des Winterhalbjahres vor allem aufgrund der massiven finanz- und geldpolitischen Expansionsmaßnahmen durchgesetzt, wenn auch nicht in allen Ländern gleichzeitig und mit gleicher Dynamik. Die vielfach lebhaftere Zunahme des privaten Verbrauchs, der Umschwung bei den Lagerdispositionen und in einigen Ländern die Belebung der Investitionsnachfrage haben zu einem Anstieg der Produktion und auch schon der Kapazitätsauslastung geführt.

Zu der Belebung des privaten Verbrauchs haben vor allem vermehrte Käufe langlebiger Konsumgüter beigetragen, deren Absatz vorher besonders stark zurückgegangen war. Da sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt kaum noch verschlechterte und das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft insgesamt offenbar gewachsen ist, hat die zumeist sehr hohe Sparneigung abgenommen. In einigen Ländern – wie etwa in Dänemark und Frankreich – erhielt der Verbrauch Anstöße durch staatliche Maßnahmen oder – in Österreich – aus vorgezogenen Käufen im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung.

Insgesamt ist die Nachfrage nach Investitionsgütern seit dem Herbst wohl nicht mehr zurückgegangen, in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich ist sogar eine deutliche Zunahme der Auftragseingänge und der Investitionstätigkeit zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die 1975 ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen zur Investitionsförderung zurückzuführen. Die Investitionsneigung ist aber auch deshalb gestiegen, weil sich die Kapazitätsauslastung infolge der Nachfragebelebung wieder verbessert hat. Zwar liegt die Auslastung immer noch auf einem insgesamt recht niedrigen Niveau, aber ein Teil der unausgenutzten Anlagen ist technisch veraltet bzw. entspricht nicht der veränderten Nachfragestruktur; dies dürfte die Investitionstätigkeit ebenfalls angeregt haben. Schließlich verbesserten sich die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten durch eine günstigere Gewinnentwicklung; außerdem hat sich die Fremdfinanzierung durch die Senkung der Zinskosten in den meisten Ländern stark verbilligt. Somit ist ein weiterer Anstieg der Investitionsnachfrage zu erwarten.

Im Zuge der allgemeinen Konjunkturbelebung hat die Warenausfuhr der westeuropäischen Länder real

wieder deutlich zugenommen. Dies beruhte überwiegend auf einer Ausdehnung des innereuropäischen Handels und der Exporte nach den USA. Die Lieferungen nach den nichterdölexportierenden Entwicklungsländern waren weiter rückläufig. Die Ausfuhren in die OPEC-Länder expandierten tendenziell verlangsamt, während die Exporte in die Staatshandelsländer stagniert haben. In Ländern wie Dänemark, Frankreich und Italien, deren hohe Handelsbilanzdefizite rezessionsbedingt merklich zurückgegangen waren, haben sich die Außenhandelsprobleme im Winterhalbjahr wieder verschärft.

Die Arbeitslosigkeit dürfte in den meisten Ländern inzwischen ihren Höhepunkt überschritten haben. Mit der konjunkturellen Erholung nahm die Kurzarbeit verschiedentlich schon spürbar ab. Zugleich ging die Zahl der offenen Stellen im allgemeinen nicht mehr zurück; in einigen Ländern stieg sie bereits wieder etwas an. Trotz der Stabilisierungstendenzen auf den Arbeitsmärkten war es für die neu ins Erwerbsleben eintretenden Personen weiterhin schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich daher eher noch verschärft.

Der Anstieg der Nominallöhne hat sich angesichts der noch ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeit weiter abgeflacht, doch sind die Raten zumeist noch relativ hoch. Die Reallöhne sind indes – wenn überhaupt – nur noch wenig gestiegen.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Lohnsätze hat sich der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen in den letzten Monaten vor der Jahreswende kaum noch verlangsamt. Dabei waren die Teuerungsraten immer noch viel höher als in früheren vergleichbaren Konjunkturphasen. In den ersten Monaten dieses Jahres beschleunigte sich der Preisanstieg in einer Reihe von Ländern, wofür häufig allerdings Sonderfaktoren maßgeblich waren. So wurde in Österreich zum Jahresbeginn die Mehrwertsteuer erhöht, und in Dänemark lief im Februar die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer aus. In anderen Ländern, namentlich in Italien, schlug sich die Abwertung rasch in einer kräftigen Verteuerung der Lebenshaltung nieder. Darüber hinaus war die Erhöhung administrierter Preise verschiedentlich ins neue Jahr verschoben worden. Die Preiserhöhungen gehen teilweise aber auch darauf zurück, daß Unternehmen die Belebung der Nachfrage genutzt haben, um ihre zuvor gedrückten Gewinnspannen zu erhöhen.

Mit den finanzpolitischen Anregungsmaßnahmen ging eine vorwiegend expansive Geldpolitik einher; in den letzten Monaten hat sich die Geldmengenerweiterung in vielen Ländern sogar wieder beschleunigt. Die daraus resultierende hohe Liquidität im Bankensystem und das im allgemeinen niedrige Zinsniveau haben – wenn auch mit einer Vergröße-

rung der Preiserhöhungsspielräume verbunden – günstige Voraussetzungen für eine rasche Erholung der Gesamtnachfrage geschaffen. Hieran dürften auch die Diskontsatzserhöhungen, die in einigen Ländern im Zusammenhang mit den jüngsten Währungsunruhen beschlossen wurden, nichts wesentliches ändern. Nur für Italien, wo die Notenbank aufgrund der prekären außenwirtschaftlichen Position und in Verbindung mit der von der EG gewährten Anleihe einen restriktiven Kurs eingeschlagen hat, ist nicht auszuschließen, daß die konjunkturelle Erholung gebremst wird, wenngleich der Dämpfung der Inlandsnachfrage eine verstärkte Expansion der Ausfuhr gegenüberstehen wird.

Die geld- und finanzpolitischen Anregungsmaßnahmen dürften zu einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit führen, zumal sich die Abwicklung wichtiger finanzpolitischer Maßnahmen noch über längere Zeit erstrecken wird. Obwohl die Regierungen einen möglichst raschen Abbau der noch überaus hohen Arbeitslosigkeit als vorrangiges Ziel deklariert haben, sind zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung kaum zu erwarten; allenfalls dürften in einigen Ländern Arbeitsförderungsprogramme begrenzten Umfangs durchgeführt werden. Die künftige Finanzpolitik wird deshalb einen relativ verhaltenen Kurs verfolgen, weil man einerseits auf die beschäftigungssteigernden Wirkungen der zunehmenden Binnennachfrage und des Exports vertraut, andererseits die außerordentlich hohen Haushaltsdefizite in Grenzen halten will. Die im allgemeinen zurückhaltenderen Lohnabschlüsse dürften – wegen ihrer positiven Beschäftigungseffekte – auch eine Geldpolitik erleichtern, die einer Inflationsbeschleunigung entgegenwirkt. Für Italien, Großbritannien, Frankreich und Spanien sind jedoch zusätzliche Preissteigerungen im Gefolge der jüngsten Abwertung ihrer Währungen zu erwarten.

Insgesamt ist 1976 ein vom privaten Konsum und – im weiteren Jahresverlauf – zunehmend auch von den Investitionen getragener Aufschwung zu erwarten, der sich über eine beträchtliche Ausweitung des Handels unter den europäischen Ländern ausbreiten wird. Die Arbeitslosigkeit wird zurückgehen; jedoch wird noch kein befriedigendes Beschäftigungsniveau erreicht. Die Zunahme des realen Sozialprodukts in Westeuropa dürfte gegenüber 1975 im Durchschnitt etwa 4 vH betragen.

Neue Auftriebskräfte In Japan

Trotz der im vergangenen Jahr in Japan ergriffenen finanz- und geldpolitischen Expansionsmaßnahmen flauten die konjunkturellen Erholungstendenzen, die im Frühjahr letzten Jahres eingesetzt hatten, im

Laufe des zweiten Halbjahres wieder ab. Retardierend wirkten zunächst die noch schwache Exportentwicklung und die dadurch mitverursachte weitere Schrumpfung der privaten Anlageinvestitionen. Auch die Impulse von seiten der öffentlichen Hand haben sich merklich abgeschwächt. Bei weiter verschlechterter Lage auf dem Arbeitsmarkt und rückläufigen Realeinkommen nahm der private Verbrauch nur wenig zu.

Seit Ende des vergangenen Jahres ist in der konjunkturellen Konstellation eine Akzentverschiebung eingetreten: Während das Budget 1976/77 nicht mehr so starke staatliche Anregungen erwarten läßt wie das vorangegangene, ist die Ausfuhr nunmehr wieder zum Expansionsfaktor geworden. Damit werden die Aussichten für eine Belebung der Investitionen im Unternehmensbereich günstiger. Ein kräftiger Anstieg auch der Inlandsaufträge im Maschinenbau und die Ergebnisse kürzlich durchgeführter Umfragen lassen erwarten, daß die privaten Anlageinvestitionen 1976 real wieder steigen werden. Die Voraussetzungen für eine allmähliche Beschleunigung der Konsumausweitung sind damit ebenfalls günstiger geworden: Zwar wird mit einem nur geringen Reallohnanstieg gerechnet, doch dürfte sich mit einer Verbesserung des konjunkturellen Klimas die außergewöhnlich hohe Sparneigung zurückbilden. Insgesamt wird sich die Expansion der Nachfrage und somit auch des realen Bruttosozialprodukts im Verlauf des Jahres merklich beschleunigen. Im Jahresdurchschnitt 1976 dürfte die Wachstumsrate etwa 5 vH (nach 2 vH 1975) erreichen.

Zügige Expansion des Welthandels

Im Zuge der Belebung von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern hat sich der Welthandel in der zweiten Hälfte letzten Jahres wieder kräftig ausgeweitet. Der starke Anstieg der Einfuhren in dieser ersten Erholungsphase ist vor allem auf Veränderungen in den Lagerdispositionen zurückzuführen. Im vierten Quartal erreichte das Welthandelsvolumen fast das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums, im Jahresdurchschnitt 1975 lag es aber um rund 6 vH unter dem Ergebnis des Vorjahres. Wertmäßig war, auf Dollarbasis gerechnet, ein Anstieg von etwa 4 vH zu verzeichnen.

Mit der fortschreitenden konjunkturellen Erholung in den Industrieländern wird der Welthandel in diesem Jahr weiter zügig expandieren. Dabei dürfte sich der Einfuhrbedarf der Industrieländer nach Abklingen der lagerzyklischen Impulse in gemäßigterem Tempo – entsprechend der Zunahme der Endnachfrage – erhöhen. Die Lieferungen in die OPEC-Länder werden zwar beträchtlich langsamer als in den letzten

beiden Jahren steigen; sie werden aber noch erheblich zur Expansion des Welthandels beitragen. Kontraktive Einflüsse gehen zunächst noch von den übrigen Entwicklungsländern aus, die in Anbetracht ihrer Finanzierungsschwierigkeiten die Einfuhren drosseln mußten. Trotz der für das Jahr 1976 zu erwartenden Verbesserung ihrer Exporterlöse dürfte sich das Einfuhrvolumen vorerst weiter verringern. Die Staatshandelsländer, die in den letzten Jahren steigende Handelsbilanzdefizite gegenüber den westlichen Industrieländern hinnahmen, werden ihre Bezüge vorerst kaum erhöhen.

Unter diesen Annahmen dürfte der Welthandel preisbereinigt in diesem Jahr mit einer laufenden Rate von etwa 6 vH expandieren. Nachdem das Volumen Ende 1975 bereits um etwa 4 vH über dem durchschnittlichen Niveau des ganzen Jahres lag, ist für 1976 mit einem Anstieg um schätzungsweise 7 vH gegenüber dem Vorjahr zu rechnen.

Steigende Rohstoffpreise

Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe zogen in den letzten Monaten auf breiter Front an. Nachdem sich bereits im Laufe des Jahres 1975 die Preise für Baumwolle und Wolle erhöht hatten, wurden in jüngster Zeit auch NE-Metalle, Stahl und Naturkautschuk merklich teurer. Insgesamt liegt das Preisniveau, auf Dollarbasis, jetzt um 9 vH über dem Tiefstand vom Oktober 1975.

Mit dem Anstieg der Industrieproduktion in den westlichen Ländern hat sich seit Mitte vorigen Jahres der Verbrauch an Rohstoffen erhöht. Auf den meisten Rohstoffmärkten setzte aber erst dann eine spürbar Verstärkung der Nachfrage ein, als die Verarbeiter mit der Wiederaufstockung ihrer vorher stark reduzierten Rohstoffvorräte begannen. Vor diesem Hintergrund haben spekulative Käufe – auch im Zusammenhang mit den Unruhen auf den Devisenmärkten – den Preisanstieg auf den NE-Metallmärkten zeitweise beschleunigt.

Die von den Lagerdispositionen ausgehenden Nachfrageimpulse dürften im weiteren Verlauf des Jahres 1976 wieder schwächer werden. Der Nachfrageanstieg wird sich daher insgesamt verlangsamten, obwohl der Rohstoffverbrauch unvermindert zunehmen wird. Nennenswerte Engpässe in der Marktversorgung sind in diesem Jahre wohl nicht zu erwarten, denn der Abbau der sehr hohen Lagerbestände bei den Rohstoffproduzenten wird eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Überdies ist mit einer Aufhebung von Produktions- und Exportbeschränkungen zu rechnen, die während der Absatzflaute ergriffen wurden. Die Preise für Industrierohstoffe werden daher wieder langsamer steigen.

Auf den Nahrungsmittelmärkten hat sich in den letzten Monaten eine festere Preistendenz durchgesetzt. Bei tierischen Erzeugnissen wird die zunehmende Nachfrage zu einer Fortsetzung des Preisanstiegs führen. Bei pflanzlichen Erzeugnissen wird die Versorgungslage nicht mehr so günstig eingeschätzt, weil die überraschend großen Käufe der Sowjetunion eine nennenswerte Aufstockung der ungewöhnlich niedrigen Vorräte in den Exportländern in der Saison 1975/76 verhindert haben. Im bevorstehenden Erntejahr 1976/77 könnten demnach schon geringe Beeinträchtigungen der Ernten durch ungünstige Wetterbedingungen oder erneute hohe Einfuhren der Sowjetunion – die für möglich gehalten werden – Verknappungen und damit steigende Notierungen hervorrufen.

Ausblick

Unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind die Chancen für einen zügigen Anstieg von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern im weiteren Verlaufe des Jahres günstig: Nachdem zunächst die Ankurbelungsmaßnahmen und die – dadurch forcierte – Wende in der Lagerbewegung die Erholung in Gang gebracht hatten, werden nun in zunehmendem Maße Selbstverstärkungseffekte bei den Investitionen die weitere Entwicklung bestimmen – zumal sich die Ertragslage in den meisten Ländern bereits zu bessern begonnen hat und auch die Aussichten für ein Anhalten dieser Entwicklung günstig sind. Außerdem dürfte die Expansion des privaten Verbrauchs anhalten. Ferner wird sich die Ausweitung des internationalen Warenaustausches fortsetzen: Wie dieser zuvor den Abschwung international verstärkt hatte, so wird er jetzt – wenn sich nicht außenwirtschaftlicher Protektionismus ausbreitet – den Aufschwung stimulieren.

Schrittmacher bei der Aufwärtsentwicklung werden zunächst die USA und die Bundesrepublik Deutschland sowie Frankreich bleiben. Die Nachfrageausweitung in diesen Ländern wird den Erholungsprozeß in den kleineren europäischen Volkswirtschaften fördern. Auch in Japan wird im Zuge der sich international belebenden Nachfrage die Entwicklung wieder an Dynamik gewinnen. Vergleichsweise schwach dürfte die Konjunkturerholung in Großbritannien und Italien sein. Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt der westlichen Industrieländer 1976 wahrscheinlich um rund 5 1/2 vH höher sein als im Vorjahr, in dem es um fast 2 vH gesunken war.

Dabei wird die Kapazitätsauslastung weiter zunehmen, nicht zuletzt, weil sich in der Rezession die Erweiterung der Produktionsanlagen merklich verlangsamt hatte. Die Beschäftigungssituation wird

sich in den meisten Ländern verbessern, allerdings ist eine erhebliche Verringerung der Arbeitslosigkeit in nächster Zeit noch nicht absehbar. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung erscheint ohnehin nur auf längere Sicht möglich; sie setzt eine verstärkte Schaffung neuer Arbeitsplätze voraus, d. h. einen nachhaltigen Wiederanstieg der Investitionstätigkeit.

Trotz der immer noch großen Angebotselastizität bestehen insgesamt kaum Aussichten für eine weitere Beruhigung des Preisauftriebs in den Industrieländern. Zwar dürfte der Kostenauftrieb trotz wieder steigender Rohstoffpreise relativ gemäßigt – wenn gleich von Land zu Land recht unterschiedlich – bleiben, da der Lohnkostenanstieg bei konjunkturell zunehmender Arbeitsproduktivität und merklich abgeflachter Lohnexpansion gedämpft verläuft. Die Unternehmen werden aber danach trachten, ihre Gewinnspannen auszuweiten, und die Preise zumeist in kaum verändertem Tempo heraufsetzen. Die beträchtlichen Unterschiede im Inflationstempo, die namentlich zwischen Großbritannien, Italien und Frankreich auf der einen, den USA, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz auf der anderen Seite bestehen, werden sich nach der jüngsten Verschiebung der Wechselkursrelationen zunächst noch vergrößern.

Mit dem Konjunkturaufschwung in den westlichen Industrieländern wird eine Verschlechterung ihrer Leistungsbilanz einhergehen, nachdem sich in der Rezession ein Überschuß herausgebildet hatte. Die steigenden Rohstoffeinfuhren der Industrieländer werden – bei einer Verschlechterung der terms of trade – zu einer Verminderung des hohen Leistungsbilanzdefizits der Entwicklungsländer (ohne OPEC) führen. Gleichzeitig wird sich der Leistungsüberschuß der Erdölländer, der während der Rezession stark zurückgegangen war, wieder erhöhen.

Bei den Industrieländern wird sich vor allem der im Vorjahr außerordentlich hohe Leistungsbilanzüberschuß der USA stark vermindern, da sie gegenüber den anderen Ländern einen konjunkturellen Vorlauf aufweisen. In den Defizitländern, deren Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertungen erhöht worden ist, wird die Leistungsbilanz nur allmählich verbessert werden können, wenngleich die erforderliche Steigerung ihrer Exporte durch den weltweiten Konjunkturaufschwung beträchtlich erleichtert wird.

Die Gefahr einer frühzeitigen Abschwächung der Aufschwungskräfte ist zwar nicht mehr so groß wie noch vor einem halben Jahr, aber es ist noch ungewiß, ob es im Zuge des Aufschwungs zu einem nachhaltigen, über 1976 hinausreichenden Anstieg der Investitionen und schließlich zur Vollauslastung der Kapazitäten und Vollbeschäftigung der Arbeits-

kräfte kommt. Abgesehen von der Gefahr einer Zuspitzung der Zahlungsbilanzprobleme einiger Länder bildet die Möglichkeit eines schnellen Wiederaufflammens von Verteilungskämpfen noch ein erhebliches Risiko für die Entfaltung der Auftriebskräfte. Bei derartigen Fehlentwicklungen müßte die Wirtschaftspolitik wohl restriktiv gestaltet werden, und die Investitionsneigung der Unternehmer würde sich wieder verringern.

Die Wirtschaftspolitik steht somit in allen Industrieländern vor der schwierigen Aufgabe, einen nachhaltigen Anstieg des Beschäftigungsniveaus zu bewirken, ohne dabei das Ziel der Inflationseindämmung aus dem Auge zu verlieren. Dazu ist erforderlich, daß zum einen die Notenbanken frühzeitig ihre Absicht deutlich machen, die Rate der monetären Expansion am Potentialwachstum und am Ziel einer fortschreitenden Inflationsberuhigung zu orientieren, und daß zum anderen auch die Finanzpolitik verstetigt wird. Besonders dringlich ist diese Strategie für die Länder, in denen die monetäre Expansion so kräftig war, daß sie eine Beschleunigung der Inflation begünstigt, wenn sie in dieser Stärke noch einige Zeit beibehalten würde. Für das Beschäftigungsniveau wird aber letztlich das lohnpolitische Verhalten entscheidend sein. Bei dem Versuch, einen verteilungspolitischen Konsensus zu finden,

müßten sich die Tarifparteien nicht so sehr vom gegenwärtigen Anstieg der Unternehmensgewinne leiten lassen, sondern vielmehr davon, daß die Zahl der Arbeitslosen trotz des zu erwartenden Rückgangs noch hoch sein wird.

Bei dieser Politik der Verstetigung kommt einkommenspolitischen Abmachungen vor allem in den Ländern, für deren Währungen sich in jüngster Zeit eine Abwertung ergab, besondere Bedeutung zu. Denn es gilt zu verhindern, daß die Preise für inländische Güter und die Löhne stark anziehen und somit die von der Verschiebung der Wechselkursrelationen her gegebene Wettbewerbsverbesserung wieder zunichte gemacht wird. Wenn auch die Entwicklung in Großbritannien darauf hindeutet, daß Fortschritte in dieser Richtung möglich sind — was ein Ansporn für Länder wie Frankreich und Italien sein könnte —, so ist aber nicht zu verkennen, daß die Fortschritte noch immer nicht groß genug sind. Solange die wirtschaftlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern noch beträchtliche Unterschiede aufweisen, sollten die Wechselkurse nicht durch Devisenmarktinterventionen an einer rechtzeitigen Anpassung gehindert werden; denn nur so lassen sich diese Unterschiede allmählich und elastisch auffangen.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland ist die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Spätsommer 1975 durch eine rasche Erholung von der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit gekennzeichnet. Die industrielle Produktion stieg innerhalb eines halben Jahres so stark an, daß etwa zwei Drittel des in der Rezession entstandenen Rückgangs wieder aufgeholt wurden; auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen wurde die Leistung beträchtlich ausgeweitet. Mit dem Produktionsanstieg erhöhte sich die Auslastung der Kapazitäten, sanken die Stückkosten und stiegen die Erträge der Unternehmen. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich. Waren zunächst vor allem die stimulierenden Maßnahmen von Finanzpolitik und Geldpolitik sowie die — ebenfalls konjunkturpolitisch angeregte — Nachfrage des Auslands für die Belegung verantwortlich, so werden nun allmählich sich selbstverstärkende Aufschwungskräfte sichtbar.

Kräftige Impulse von der Auslandsnachfrage

Die Warenausfuhr nimmt seit dem Herbst 1975 lebhaft zu. Sie hat damit recht schnell auf die konjunkturelle Erholung in den westlichen Industrieländern reagiert. Von der wieder aufwärts gerichteten wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland wurden neben den Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrien vor allem die Hersteller von Kraftfahrzeugen begünstigt. Dabei spielten der Lagerumschwung und die Belegung des Verbrauchs eine Rolle. Verhältnismäßig wenig zusätzliche Aufträge erhielten dagegen die Investitionsgüterproduzenten.

Vermeehrt exportiert wurde fast ausschließlich in die westlichen Industrieländer. Die Ausfuhr in die Staatshandelsländer stagnierten wegen des Devisenmangels. Aus dem gleichen Grunde gingen die Ausfuhr in die Entwicklungsländer (ohne OPEC) sogar zurück; zuletzt scheint diese Entwicklung

indes zum Stillstand gekommen zu sein. Die Exporte in die OPEC-Länder sind seit Mitte des vergangenen Jahres kaum noch gestiegen.

Finanzpolitik: Anregungen bei verringertem Defizit

Neben der Ausfuhr haben die Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Instanzen zur Überwindung der Rezession beigetragen. Für die von der Finanzpolitik ausgeübten Einflüsse ergibt sich allerdings aus der Betrachtung der Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben ein falsches Bild: Das Finanzierungsdefizit des Staates dürfte in den Wintermonaten saisonbereinigt etwas verringert worden sein. Einerseits nahm — teilweise als Folge der wieder ansteigenden Konjunktur — das Steueraufkommen bei einigen wichtigen Steuerarten, namentlich bei den Steuern vom Einkommen und vom Umsatz, wieder merklich schneller zu. Andererseits flachte sich der Ausgabenanstieg insgesamt deutlich ab, weil sich die Gebietskörperschaften um Einsparungen bemühten und weil wegen der Stabilisierung der Beschäftigungslage die Zahlungen von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld nicht mehr stiegen. Im Gegensatz zu diesem Verlauf von Einnahmen und Ausgaben hatten früher beschlossene Maßnahmen gerade im Winterhalbjahr kräftige expansive Wirkungen. So stimulierte das Programm vom August die Nachfrage im Baugewerbe. Noch stärker ist die Divergenz zwischen Anregung der Konjunktur und Leistung von Zahlungen bei der Investitionszulage, von der in den vergangenen Monaten starke Impulse auf die Investitionstätigkeit ausgingen.

Expansive Geldpolitik

Mehrmalige Diskontsenkungen, Mindestreserveerleichterungen sowie Offenmarktkäufe am Anleihemarkt trugen erheblich dazu bei, daß sich die Nachfrage von Unternehmen und privaten Haushalten nach Krediten im Laufe des zweiten Halbjahres verstärkte. Dabei wurde der Anstieg der inländischen Kreditgewährung allerdings zeitweise durch einige Sonderfaktoren beeinflusst: Unternehmen ersetzten im letzten Vierteljahr Auslandskredite durch billiger gewordene Inlandskredite, und am Jahresende wurden Zahlungen für Investitionen fällig, für die 1976 die Investitionszulage in Anspruch genommen werden soll. Die öffentliche Hand nahm weiterhin in hohem Umfang Kredite auf, zeitweise sogar mehr, als dem laufenden Bedarf entsprach.

Trotz der wachsenden Ansprüche an die Kreditmärkte gaben die Zinssätze für Bankkredite, Einlagen und — von der Periode des Attentismus der Anleger im dritten Quartal abgesehen — auch die Renditen auf den Anleihemärkten bis zuletzt nach. Offensichtlich hat die Erwartung an Boden gewon-

nen, das Zinsniveau werde vorerst zumindest nicht steigen, da die Inflation weiter eingedämmt und eine Überforderung der Kreditmärkte durch die öffentliche Hand vermieden werden könne. Dies zeigt sich auch darin, daß die Anleger auf dem Rentenmarkt wieder bereit sind, etwas längere Laufzeiten zu akzeptieren.

Mit dem Kreditvolumen expandierten im zweiten Halbjahr 1975 auch der Bargeldumlauf und die Bankeinlagen beschleunigt. Dem steilen Aufwärtstrend des Geldvolumens im engeren Sinne (Bargeld und Sichteinlagen) folgten im letzten Quartal 1975 die Termineinlagen, die längere Zeit rückläufig gewesen waren. In den letzten Monaten hat sich die monetäre Expansion, auch bedingt durch die Bildung hoher Guthaben des Staates, deutlich vermindert. Jedoch ist im Zuge des zu erwartenden Abbaus der öffentlichen Einlagen in den nächsten Monaten wieder mit einem stärkeren Anstieg der Bankeinlagen zu rechnen.

Die Zunahme des Bargeldumlaufs und der reservepflichtigen Bankeinlagen spiegelt sich in einer raschen Expansion der Zentralbankgeldmenge wider. Sie war so stark, daß das von der Bundesbank für 1975 gesetzte Ziel, die Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres mit einer Rate von 8 vH auszuweiten, beträchtlich überschritten wurde.

Noch kein zügiger Anstieg bei den Investitionsgüterbestellungen

Die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern fiel nach dem Schub, der zur Jahresmitte 1975 durch die Befristung der Investitionszulage ausgelöst worden war, nur geringfügig unter das zuvor erreichte Niveau. Die durch die Wirtschaftspolitik bewirkte Besserung der Auftragslage bei den Investitionsgüterherstellern strahlte auf vorgelagerte Produktionsbereiche aus und führte dazu, daß Investitionsgüterproduzenten auch untereinander mehr Aufträge vergaben.

Die Investitionsneigung hat sich bisher allerdings noch nicht so gestärkt, daß es schon wieder zu einem nennenswerten Wiederanstieg der Bestellungen gekommen wäre. In den ersten beiden Monaten des Jahres übertrafen die Inlandsbestellungen vor allem im Maschinenbau jene vom Frühjahr 1975 dem Volumen nach nur wenig.

Die Investitionszulage hat die Investitionstätigkeit bereits im zweiten Halbjahr 1975 stark beeinflusst. Die Ausrüstungsinvestitionen sind insbesondere gegen Jahresende kräftig gestiegen. Offenbar wollte eine Reihe von Investoren bereits in diesem Jahre die Investitionszulage erhalten. Nach den vorläufigen statistischen Daten ist es in den ersten beiden Monaten des Jahres nicht zu einer ausgeprägten Reak-

tion auf die verstärkten Auslieferungen gegen Jahresende gekommen; der Anstieg hat sich lediglich verlangsamt.

Konjunkturpolitische Maßnahmen fördern Baunachfrage

Die Nachfrage nach Bauleistungen stieg im Laufe des zweiten Halbjahres 1975 ebenfalls kräftig an. Entscheidend dafür waren die verschiedenen konjunkturpolitischen Maßnahmen. Dabei wirkte sich die Investitionszulage besonders stark auf die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten aus. Nach der Jahreswende kam es hier zu einer Reaktion, ähnlich der nach dem Auftragsschub bei den Bestellungen für Ausrüstungen zur Jahresmitte 1975¹.

Im Wohnungsbau wurde die Nachfrage vor allem von den Zuschüssen zur Altbau-Modernisierung und zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen gestärkt. Die Nachfrage nach Eigenheimen wurde außerdem durch die wieder günstigeren Einkommenserwartungen der Privaten, durch niedrige Hypothekenzinsen sowie die Befürchtung bald wieder stärker steigender Baupreise angeregt.

Bei der Baunachfrage der Gebietskörperschaften brachte das Konjunkturprogramm vom August ebenfalls eine Wende; bis dahin war die staatliche Baunachfrage rückläufig gewesen. Da die Mittel aus dem Programm nur beansprucht werden konnten, wenn die Aufträge bis zum Jahresende 1975 erteilt waren, nahm in den letzten Monaten des Vorjahres die Auftragsvergabe kräftig zu, besonders im Tiefbau.

Mit den verschiedenen Expansionsmaßnahmen ist der Rückgang der Bautätigkeit im Spätsommer 1975 gestoppt worden. Im letzten Quartal des Vorjahres sind die Investitionen sogar in allen Bausparten deutlich gestiegen. Dies wurde allerdings auch durch die milde Witterung gefördert. Der Rückgang der Bauinvestitionen in den ersten Monaten dieses Jahres war allein die Folge weniger günstiger Witterungsbedingungen.

Verzögerte Lohnabschlüsse bremsen Verbrauchsanstieg

Vom privaten Verbrauch erhielt die konjunkturelle Entwicklung insbesondere in den letzten Monaten von 1975 kräftige Impulse. Wegen des verringerten Beschäftigungsrisikos ließ die Kaufzurückhaltung der Konsumenten nach; die Sparquote, die im ersten Halbjahr extrem hoch gewesen war, ging zurück. Da sich zudem die Güter und Dienstleistungen weniger verteuerten als zuvor, kam es zu einer deutlichen Ausweitung des realen privaten Verbrauchs. Vermehrt gekauft wurden neben kurzlebigen Ver-

brauchsgütern Elektroerzeugnisse, Hausrat, Wohnbedarfsartikel und, wie schon seit längerer Zeit, Fahrzeuge.

In den ersten Monaten dieses Jahres schwächte sich der Anstieg des privaten Verbrauchs ab. Ausschlaggebend hierfür war, daß sich die zum Jahresanfang anstehenden Lohnabschlüsse in großen Bereichen der Wirtschaft verzögerten. Da in allen Zweigen der Sozialversicherung die Beitragsbemessungsgrenzen erhöht und die Beitragssätze der Arbeitslosenversicherung sowie der Krankenversicherungen angehoben wurden, stagnierte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte vorübergehend; dem stand allerdings ein weiterer Rückgang der Sparquote gegenüber. Verhältnismäßig lebhaft nachgefragt wurden weiterhin langlebige Gebrauchsgüter.

Umschwung in den Lagerdispositionen

Beträchtliche Impulse hat die Konjunktur von den Lagerdispositionen der Wirtschaft empfangen. In zahlreichen Branchen entsprachen die Lagerbestände nicht mehr dem Produktionsniveau; außerdem verbesserten sich die Absatzerwartungen. Die Lagerbestände wurden merklich vergrößert. Diese Erhöhung kam allerdings – über deutlich steigende Einfuhren – auch dem Ausland zugute.

Lebhafte Zunahme der Einfuhr

Bis zum Jahresende 1975 konzentrierte sich die Zunahme der Einfuhr auf vermehrte Bezüge von Vorerzeugnissen und Enderzeugnissen. Eine Rolle spielten dabei die lagerzyklischen Einflüsse, aber auch das Bemühen der ausländischen Anbieter, ihre Marktanteile auszuweiten. Den ausländischen Anbietern mag dabei die Veränderung der Preisrelationen aufgrund der Wechselkursänderungen der letzten Jahre zugute gekommen sein.

Zu einer merklichen Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren kam es erst nach der Jahreswende. Im Durchschnitt der ersten beiden Monate des Jahres war die gesamte Wareneinfuhr preis- und saisonbereinigt um 10 vH höher als ein halbes Jahr zuvor.

Der Überschub im Warenverkehr ging dem Volumen nach im Winterhalbjahr weiter leicht zurück.

¹ Anders als bei den Bestellungen von Ausrüstungen war bei Bauten für die Inanspruchnahme der Investitionszulage nicht die Bestellung, sondern der Antrag auf Baugenehmigung bis zur Jahresmitte 1975 erforderlich. Baugenehmigungen und Bauaufträge zeigen deshalb den durch die Investitionszulage induzierten Nachfragestoß erst später.

Sozialprodukt fast wieder so hoch wie vor der Rezession

Die Produktion folgte der Nachfrage rasch und stieg fast ebenso kräftig wie nach der konjunkturellen Wende im Jahre 1967. Das reale Sozialprodukt nahm allein vom dritten zum vierten Vierteljahr 1975 um 2 1/2 vH zu. Die Produktionsausweitung setzte sich im ersten Vierteljahr 1976 fort, wenn auch nicht mit der gleichen Intensität. Das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau vom ersten Halbjahr 1974, der Zeit unmittelbar vor der Rezession, dürfte nur noch um etwa ein Prozent unterschritten worden sein.

Wende auf dem Arbeitsmarkt

Etwa ein halbes Jahr nach dem Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion gibt es deutliche Anzeichen für eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die effektive Arbeitszeit wurde ausgeweitet, vor allem die Kurzarbeit ging spürbar zurück. Mit knapp einer halben Million war die Zahl der Kurzarbeiter im Februar nur noch halb so groß wie ein Jahr zuvor. Im März verhinderte lediglich die ungünstige Entwicklung im Kohlenbergbau ein weiteres Sinken. Verringert wurde die Kurzarbeit insbesondere in der elektrotechnischen Industrie, in der chemischen Industrie, in der Metallherzeugung und zuletzt auch im Maschinenbau; hier war allerdings noch jeder zehnte Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen.

Die Zahl der Beschäftigten hat sich in den letzten Monaten nur noch wenig verringert. Zusätzliche Arbeitskräfte wurden bisher nur von der Bauwirtschaft und einzelnen Industriezweigen, wie dem Fahrzeugbau, eingestellt. Die Zahl der offenen Stellen stieg etwas; dies weist auf die Bereitschaft der Unternehmen hin, wenigstens ihren Ersatzbedarf wieder zu decken.

Die Zahl der Arbeitslosen ging erstmals im März saisonbereinigt deutlich zurück. Sie betrug Ende März rund 1,1 Millionen, das entsprach einer Arbeitslosenquote von 5 vH.

Mit der tendenziellen Besserung der Beschäftigungslage in der Industrie und im Bauhauptgewerbe dürfte sich der Rückgang der Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte stark verlangsamt haben. Zur Zeit sind noch etwa 1,9 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik beschäftigt, das sind 600 000 weniger als im Herbst 1973, dem bisherigen Höchststand.

Preisaufrieb auf der Verbraucherstufe nochmals schwächer

Der Preisaufrieb im Bereich des privaten Verbrauchs verringerte sich. Der Preisindex für die Lebenshaltung erhöhte sich im Winterhalbjahr nur

noch mit einer laufenden Jahresrate von 4 vH, nach 6 1/2 vH in den vorausgegangenen sechs Monaten. Das Tempo des Preisanstiegs war damit geringer, als der Vorjahresvergleich ausdrückt. Im Durchschnitt des ersten Vierteljahres lagen die Preise für die Lebenshaltung um 5,4 vH über dem Vorjahrswert. Ohne die ungewöhnlich starke Verteuerung der ernte- und saisonabhängigen Nahrungsmittel, vor allem von Kartoffeln und Frischgemüse, wäre die Abflachung des Preisanstiegs noch deutlicher ausgefallen. Am ausgeprägtesten war sie bei den industriell erzeugten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern sowie bei den Dienstleistungen.

Bei den Erzeugerpreisen kann nicht mehr generell von einem Nachlassen der Auftriebstendenzen gesprochen werden. Die Preise für Ausrüstungsgüter wurden zwar nach der Jahreswende weniger erhöht als in der vergleichbaren Vorjahreszeit, doch ist zu berücksichtigen, daß die Lohnvereinbarungen in der Metallindustrie in diesem Jahre später zustandekamen und damit zunächst in geringerem Umfang Anlaß zu Preisheraufsetzungen bestand. Die Preise für Bauleistungen stiegen in den letzten Monaten des Vorjahres wiederum nur wenig. Der Anstieg der Ausführpreise, der längere Zeit nur verhalten war, hat sich seit Beginn des Jahres deutlich beschleunigt. Er war wieder ähnlich stark wie die Steigerung der Einfuhrpreise, die unter dem Einfluß der Niedrigerebewertung der D-Mark und der Rohstoffverteuerung schon im Laufe des zweiten Halbjahres 1975 kräftig eingesetzt hatte.

Ausblick

Die Impulse für die konjunkturelle Entwicklung im weiteren Verlauf des Jahres sind relativ stark einzuschätzen, da die finanzpolitischen Maßnahmen vor allem in diesem Jahre produktionswirksam werden und die Wirtschaft mit Liquidität reichlich ausgestattet ist. Hinzu kommt die weiterhin steigende Nachfrage des Auslandes, nachdem die Konjunktur auch dort angesprungen ist. Die Verstärkung der Nachfrage und Produktion wird die noch immer recht niedrige Kapazitätsauslastung erhöhen. Mit den Lohnabschlüssen, die bei den erwarteten Preissteigerungen eine spürbare Erholung der Gewinne zulassen, ist eine weitere notwendige Voraussetzung für einen fortgesetzten und nicht mehr von neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen abhängigen Anstieg der Investitionen geschaffen.

Weltweiter Aufschwung führt zu kräftigem Exportanstieg

Mit der anhaltenden Erholung der Konjunktur in den westlichen Industrieländern wird die Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten weiter zunehmen.

men. Diese Tendenz dürfte von der Höherbewertung der D-Mark — sie beträgt seit Jahresbeginn gegenüber der Gesamtheit der übrigen Währungen 7 vH — nicht nennenswert beeinträchtigt werden, stellt sie doch weitgehend nur einen Ausgleich unterschiedlicher Kosten- und Preisentwicklungen im In- und Ausland dar. Die Ausfuhr, die im Winterhalbjahr insbesondere aufgrund von Lagerdispositionen rasch stieg, dürfte im Verlauf des Jahres vor allem durch die Festigung der konjunkturellen Aufwärtstendenz in den westeuropäischen Ländern neue Impulse erhalten.

Damit wird sich der Anteil der Warenausfuhr in die Industrieländer nach dem Rückgang von 1975 wieder vergrößern. Die Lieferungen in die OPEC-Länder werden wohl mit vermindertem Tempo zunehmen, die Ausfuhren in die Staatshandelsländer und die Entwicklungsländer (ohne OPEC) erst im Verlauf des Jahres wieder steigen. Insgesamt dürfte die Warenausfuhr um 8 1/2 vH über dem Volumen des Vorjahres liegen. Die Möglichkeiten, die Ausfuhrpreise zu erhöhen, haben sich nach der Höherbewertung der D-Mark angesichts des harten internationalen Wettbewerbs verringert.

Erhöhte Investitionsneigung — Ergebnis staatlicher Anregung und größerer Zuversicht der Unternehmen

Der Verlauf der Investitionstätigkeit im Jahre 1976 wird vor allem durch den Fristablauf für die Lieferung der durch die Investitionszulage begünstigten Investitionsgüter bestimmt: Ebenso wie zum Jahresende 1975 wird es aufgrund dieses Termins im Verlauf des ersten Halbjahres zu einem beschleunigten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen kommen. Danach wäre eine Pause im Anstieg der Investitionstätigkeit nicht überraschend.

Trotz der bestehenden Unsicherheiten — die Nachfrageentwicklung wird wegen Umstellungen in der Statistik noch weniger verlässlich wiedergegeben als sonst zur Jahreswende — scheint es gerechtfertigt, auch für den weiteren Jahresverlauf eine steigende Investitionsneigung zu erwarten. Der Einwand, daß Produktionssteigerungen vorerst noch ohne Kapazitätsausweitungen möglich seien, verliert insoweit an Bedeutung, als die Rezession einen Wandel der Nachfragestruktur mit sich brachte, so daß ein Teil der vorhandenen Kapazitäten nicht mehr genutzt werden kann. Es ist bezeichnend, daß die Zahl der Unternehmen, die über eine Unterauslastung ihrer Kapazitäten klagen, bereits erheblich zurückgegangen ist.

Die Lagerinvestitionen, in der Frühphase des Aufschwungs ein besonders wichtiger Faktor für die Aufwärtstendenz, dürften weiterhin steigen, denn die

Relation zwischen Lagerbeständen und Umsätzen ist trotz der inzwischen vorgenommenen Aufstockung der Läger noch ungewöhnlich niedrig.

Wiederanstieg der Bauinvestitionen

Trotz der Konjunkturprogramme ist es unsicher, ob die realen staatlichen Bauinvestitionen in diesem Jahr über das Niveau des Jahres 1975 hinausgehen. Vor allem die Gemeinden finanzieren mit Mitteln aus den Konjunkturprogrammen auch solche Investitionen, die sie aufgrund von Finanzierungsengpässen zurückgestellt hatten. Daß die konjunkturbedingten Steuerermehreinnahmen bereits eine Revision der Investitionspläne nach oben bewirken, muß schon angesichts der üblichen Entscheidungsabläufe bezweifelt werden.

Im Wohnungsbau werden dagegen die konjunkturpolitischen Maßnahmen die Aktivität beleben. Während das Ausbaugewerbe davon bereits in der ersten Jahreshälfte profitieren wird, werden die Maßnahmen erst im zweiten Halbjahr im Bauhauptgewerbe zu höherer Produktion führen. Insgesamt ist im Jahresverlauf eine leichte konjunkturelle Belebung der Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten; angesichts des sehr niedrigen Ausgangsniveaus wird jedoch das Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht werden.

Im Wirtschaftsbau ist aufgrund des Anstoßes durch die Investitionszulage mit einem deutlichen Anstieg der Produktion zu rechnen. Außer durch den in letzter Zeit vernachlässigten Ersatzbedarf wird die Aufwärtsentwicklung im Wirtschaftsbau durch energie-wirtschaftliche Investitionen begünstigt.

Insgesamt wird bei der skizzierten Entwicklung in den einzelnen Bereichen die Bauproduktion im Jahre 1976 um 2 vH über dem Vorjahr liegen.

Verbesserte Einkommenserwartungen stärken den privaten Verbrauch

Die Lohnabschlüsse in der Größenordnung um 5 1/2 vH für das Jahr 1976 lassen unter Einschluß der Nebenleistungen und bei Berücksichtigung eines Wiederanstiegs der Arbeitszeit und der im Jahresverlauf steigenden Beschäftigtenzahl eine Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme um 7 vH gegenüber 1975 erwarten. Wegen der erhöhten Belastung mit Sozialabgaben und Lohnsteuer wird die Nettolohn- und -gehaltsumme jedoch nur halb so stark steigen². Die öffentlichen Einkommensübertragungen werden sich weit mehr erhöhen, vor allem wegen

² Die erhöhte Lohnsteuerbelastung ist weniger eine Folge des progressiven Steuertarifs, sie ergibt sich vielmehr vor allem aus dem Einbau der Vorsorgepauschale in die Lohnsteuertabelle, durch den es in diesem Jahr zu geringeren Erstattungen im Lohnsteuerjahresausgleich kommen wird als 1975.

der Rentenerhöhung um 11 vH zur Jahresmitte. Insgesamt wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1976 um schätzungsweise 6 1/2 vH zunehmen.

Nicht nur verbesserte Beschäftigungserwartungen, sondern auch die niedrigen Zinsen für Anschaffungsdarlehen werden dazu führen, daß der private Verbrauch im Jahresdurchschnitt stärker steigen wird als das verfügbare Einkommen.

Anhaltender Produktionsanstieg

Schon aufgrund des steilen Anstiegs der Produktion in den Wintermonaten ist für den Jahresdurchschnitt 1976 ein kräftiger Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts vorgezeichnet. Die Industrieproduktion war – nach vorläufigen Ergebnissen – im Februar dieses Jahres saisonbereinigt um 6 bis 7 vH höher als im Jahresdurchschnitt 1975. Die statistische Erfassung der wirtschaftlichen Aktivität um die Jahreswende weist allerdings wegen jüngst vorgenommener Umstellungen Unsicherheiten auf. Diese Unsicherheit über das Ausgangsniveau bedeutet für die Prognose, daß selbst bei zutreffender Vorstellung über den weiteren konjunkturellen Verlauf das Jahresergebnis von dem hier angenommenen abweichen kann.

Schon deshalb kann die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts von 5 1/2 vH, die in der Übersicht ausgewiesen ist, nur als Markierung einer Größenordnung verstanden werden. Die Schätzung impliziert auf jeden Fall, daß sich der Produktionsanstieg nicht mehr im gleichen Tempo wie im Winterhalbjahr fortsetzt, da die Schubwirkung des Lagerumschungs und der Investitionszulage nachlassen wird.

Der Importanstieg wird sich im weiteren Jahresverlauf ebenfalls etwas verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt wird die reale Wareneinfuhr um etwa 10 vH höher sein als 1975. Der Überschuß im Warenverkehr wird preisbereinigt leicht zurückgehen.

Besserung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich durch

Die weitere Verringerung der Arbeitslosigkeit wird fürs erste noch mehr durch Vorgänge wie die Rückwanderung von Ausländern und die vorzeitige Inanspruchnahme der Altersrente bestimmt sein als durch einen Anstieg der Beschäftigtenzahl. In vielen Bereichen wird vor Neueinstellungen die Kurzarbeit weiter abgebaut und die Arbeitszeit verlängert werden. Jedoch kommt es wegen der unterschiedlichen Nachfragesituation in manchen Wirtschaftszweigen zu Neueinstellungen, während in anderen noch verkürzt gearbeitet wird. Ein stärkerer Anstieg der Beschäftigtenzahl wird sich erst in einigen Monaten

zeigen. Wie schnell sich dabei die Zahl der Arbeitslosen verringern wird, ist jedoch schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall sollten die Erwartungen auf einen raschen Abbau nicht zu hoch geschraubt werden, weil, anders als 1968, die inländische arbeitsfähige Bevölkerung nicht abnimmt, sondern steigt.

Ruhige Preisentwicklung

Die Lohnabschlüsse für 1976 lassen bei nun wieder kräftigem Produktivitätsanstieg eine Stabilisierung der Kosten im Unternehmensbereich zu. Die Expansion der Nachfrage trifft in den meisten Bereichen angesichts der Unterauslastung auf ein sehr elastisches Angebot. Der Wettbewerbsdruck bleibt also groß und dürfte die Möglichkeit der Unternehmen, die Preise zu erhöhen, eng begrenzen. Hierbei spielt auch die internationale Konkurrenz eine wichtige Rolle, insbesondere nach der erneuten Höherbewertung der D-Mark. Diese Faktoren schließen allerdings nicht aus, daß sich im späteren Verlauf des Jahres industrielle Erzeugnisse bei weiterer Nachfragebelebung wieder stärker verteuern.

Vor allem auf der Verbraucherstufe wird die Preisentwicklung daneben durch einige Sonderfaktoren beeinflusst. Die Preise für Nahrungsmittel, die in letzter Zeit zu einem erheblichen Teil das Tempo des Preisanstiegs bestimmten, dürften sich nicht mehr so stark erhöhen wie bisher. Bei einigen Produkten (Kartoffeln, Frischgemüse) ist – unter der Voraussetzung normaler Ernten – mit einem Rückgang zu rechnen. Zudem werden wichtige, von der öffentlichen Hand regulierte Preise, z. B. die Tarife von Bahn und Post, nicht erhöht. Im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der Verbraucherpreise mit 4 1/2 vH spürbar niedriger ausfallen als 1975.

Konjunkturpolitische Überlegungen

Die Aufwärtstendenz von Nachfrage und Produktion hat sich im Winterhalbjahr 1975/76 gefestigt; bisher spricht alles dafür, daß sich der damit eingeleitete Konjunkturaufschwung fortsetzt. Die längste und tiefste Rezession der Nachkriegszeit ist überwunden.

Die jetzige Aufschwungsphase bringt insgesamt eine Wiederannäherung an die lange Zeit verfehlten Grundziele des Stabilitätsgesetzes:

- Der für 1976 prognostizierte Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts von 5 1/2 vH ist ein erster Schritt in Richtung auf ein mittelfristig wieder befriedigendes Wirtschaftswachstum, bewirkt er doch eine höhere Auslastung des Produktionspotentials. Damit ergibt sich begründete Aussicht auch auf eine weitere Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit und auf ein wieder rascheres Wachstum des Produktionspotentials selbst.

- Die Zahl der Beschäftigten wird konjunkturell wieder zunehmen, die der Arbeitslosen weiter sinken. Die Verzögerung, mit der Beschäftigtenzahl und Arbeitslosigkeit auf den Konjunkturanstieg reagieren, ist typisch für diese Konjunkturphase. Trotz der konjunkturellen Tendenzwende wird daher der Beschäftigtenstand auch zum Jahresende noch relativ niedrig, die Arbeitslosigkeit hoch sein.
- Für den Preisanstieg ergibt sich im Vorjahresvergleich nochmals eine Abschwächung. Allerdings ist im Verlauf des Jahres nicht mehr mit einer weiteren Verlangsamung zu rechnen.
- Die früheren, für zu hoch gehaltenen Leistungsbilanzüberschüsse haben sich erheblich zurückgebildet.

Gehen also die Entwicklungen bei den wirtschaftspolitischen Zielgrößen des Stabilitätsgesetzes zwar in die gewünschte Richtung, so bleibt doch der Abstand von diesen Zielen zumeist noch groß. Eine weitere Annäherung ist nur zu erreichen, wenn frühere Fehler der wirtschaftspolitischen Instanzen und der Tarifpartner künftig vermieden werden.

Belastet wurde die Entwicklung in den zurückliegenden Jahren insbesondere durch den scharfen Verteilungskampf, der letztlich zu einem Sinken der Investitionsquote und zu Einbußen bei Wachstum und Beschäftigung führte.

Mit den Lohnabschlüssen, die seit Herbst vorigen Jahres wirksam wurden, sind bei den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für 1976 wichtige Voraussetzungen für eine Verbesserung der privaten Investitionsneigung geschaffen worden: Der von steigenden Absatzerwartungen ausgehende Impuls wird gefördert durch die Chance einer entscheidenden Erhöhung der Rentabilität bestehender und neuer Produktionsanlagen³.

Nun bedarf es von seiten der Unternehmen der Zurückhaltung bei Preisanhebungen. Dies ist zur Vermeidung einer Neuauflage des Verteilungskampfes erforderlich, bei dem im Rahmen einer Politik der Verstetigung eine weitere Annäherung nicht mehr an alle Ziele des Stabilitätsgesetzes möglich wäre.

Mit fortschreitender konjunktureller Erholung werden sich die Steuereinnahmen zwar verstärkt erhöhen; es wäre aber verfehlt, von dieser konjunkturbedingten Einnahmeentwicklung eine Lösung des Problems der Finanzierungsdefizite des Staates zu erhoffen. Die „strukturellen“ öffentlichen Defizite

werden davon nicht berührt. Besondere Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen sind also nicht überflüssig geworden.

Die Aufgabe der Bundesbank, den Prozeß der Preisstabilisierung in Gang zu halten, wird mit fortschreitendem Aufschwung schwieriger. Um so wichtiger ist es, daß sie an dem von ihr selbst gesetzten geldpolitischen Ziel festhält, die Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt des Jahres 1976 um 8 vH wachsen zu lassen. Wegen des hohen Überhanges zum Jahresende muß die Expansionsrate im Verlauf von 1976 deutlich unter 8 vH liegen, wenn das angestrebte Ziel nicht spurbar überschritten werden soll.

Daher werden demnächst Maßnahmen zur Abschöpfung von Bankenliquidität notwendig: Die starken Devisenzuflüsse von Februar und März sind nur vorübergehend durch die Bildung öffentlicher Zentralbankgeldanlagen kompensiert worden. In den nächsten Monaten werden diese Guthaben wieder aufgelöst. Der damit verbundenen Liquiditätsausweitung sollte die Bundesbank mit Offenmarktoperationen begegnen, die flexibler sind und weniger spektakulär wirken als Mindestreserveerhöhungen. Zudem sollte die Bundesbank schon jetzt beginnen, den Refinanzierungsspielraum der Banken zu kürzen, der im vergangenen Jahr beträchtlich ausgeweitet worden ist. Mit diesen Maßnahmen kann sie eine Verminderung der Expansion der Zentralbankgeldmenge behutsam ansteuern. Behutsamkeit ist erforderlich, damit der konjunkturelle Aufschwung nicht behindert wird.

Alle diese Bemühungen wären jedoch vergeblich, wäre die Bundesbank wieder zu großen Devisenkäufen und damit zur weiteren Geldschöpfung gezwungen. Soll das vermieden werden, ist auch innerhalb des europäischen Währungsblockes eine größere Flexibilität als bisher nötig. Bei mehr Bereitschaft zu Adjustierungen der Wechselkurse brauchte die Bundesbank auch nicht aus außenwirtschaftlichen Gründen eine – mit dem angekündigten Geldmengenziel nicht zu vereinbarende – Politik der Zinssenkung zu betreiben.

³ Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, vertritt abweichend hierzu die Meinung, daß die Lohnerhöhungen, die seit Herbst vorigen Jahres wirksam wurden, die erforderliche Erhöhung der Gewinne als Voraussetzung für eine Verbesserung der privaten Investitionsneigung nur dann zulassen, wenn die Unternehmen die mit den Lohnerhöhungen verbundenen Kostensteigerungen überwälzen, so daß sich die Chancen für einen zügigen Abbau der Arbeitslosigkeit bei weiteren Fortschritten der Stabilisierung des Preisniveaus verringern.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für das Jahr 1976

	1974 ¹⁾	1975 ¹⁾	1976 ²⁾	1975		1976	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts, real Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	- 1,9	- 3,2	- 1	- 3,3	- 3,1	- 2	0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 1,1	- 1,7	1	- 2,4	- 1,0	0,5	1
Arbeitstage ³⁾	- 0,2	0,1	0,5	- 0,1	0,2	1	0,5
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	- 3,2	- 4,8	0,5	- 5,8	- 3,9	- 0,5	1,5
Produktivität ⁴⁾	3,9	1,4	5	0,8	2,0	6	4
Bruttoinlandsprodukt	0,6	- 3,5	5,5	- 0,5	- 2,0	5,5	5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	532,9	577,7	625	273,5	304,2	296,5	328,5
Staatsverbrauch	198,0	221,4	238,5	101,3	120,1	109,5	129
Anlageinvestitionen	223,9	219,3	235,5	102,7	116,6	110	125,5
Ausrüstungen	94,8	99,8	110,5	47,1	52,7	52,5	57,5
Bauten	129,1	119,5	125	55,6	63,9	57,5	68
Vorratsveränderung	+ 1,1	- 2,8	+ 18	+ 5,4	- 8,2	+ 17	+ 1
Außenbeitrag	+ 39,8	+ 24,8	+ 18	+ 14,4	+ 10,5	+ 9	+ 9
Ausfuhr	298,9	293,4	326,5	143,2	150,1	156	170,5
Einfuhr	259,1	268,5	308,5	128,9	139,7	147	161,5
Bruttosozialprodukt	995,7	1 040,4	1 135	497,3	543,1	542	593

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,5	8,4	8	8,2	8,6	8,5	8
Staatsverbrauch	17,7	11,8	7,5	12,5	11,3	8	7,5
Anlageinvestitionen	- 2,1	- 2,1	7,5	- 4,2	- 0,1	7	7,5
Ausrüstungen	- 1,8	5,3	10,5	3,8	6,7	12	9,5
Bauten	- 2,3	- 7,5	5	- 10,1	- 5,1	3	6,5
Ausfuhr	31,4	- 1,8	11,5	0,0	- 3,6	9	13,5
Einfuhr	27,9	3,6	15	4,3	3,0	14	15,5
Bruttosozialprodukt	7,4	4,5	9	4,2	4,8	9	9

in Preisen von 1962 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	337,8	345,2	357,5	165,4	179,8	171	186,5
Staatsverbrauch	83,9	86,7	88,5	41,4	45,3	42,5	46
Anlageinvestitionen	139,1	132,4	137,5	62,4	70,0	65	72,5
Ausrüstungen	69,4	69,2	73,5	33,0	36,2	35,5	38
Bauten	69,7	63,2	64,5	29,4	33,8	29,5	35
Vorratsveränderung	+ 0,8	- 1,7	+ 12	+ 3,7	- 5,4	+ 11,5	+ 0,5
Außenbeitrag	+ 33,5	+ 12,3	+ 10	+ 6,7	+ 5,6	+ 5,5	+ 4,5
Ausfuhr	224,4	204,5	221	100,2	104,2	107	114
Einfuhr	190,9	192,2	211	93,5	98,7	101,5	109,5
Bruttosozialprodukt	595,0	574,8	605,5	279,6	295,2	295	310,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	0,2	2,2	3,5	1,9	2,4	3,5	4
Staatsverbrauch	4,7	3,3	2	3,8	2,9	2,5	1,5
Anlageinvestitionen	- 8,1	- 4,8	4	- 7,8	- 2,0	4,5	3,5
Ausrüstungen	- 7,9	- 0,3	6	- 3,1	2,4	7,5	4,5
Bauten	- 8,3	- 9,3	2	- 12,6	- 6,2	0,5	3
Ausfuhr	13,3	- 8,9	8	- 11,1	- 6,6	6,5	9,5
Einfuhr	4,8	0,7	9,5	- 0,4	1,6	8,5	11
Bruttosozialprodukt	0,4	- 3,4	5,5	- 5,0	- 1,9	5,5	5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1974 ¹⁾	1975 ¹⁾	1976 ²⁾	1975		1976	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

3. Preisniveau der Verwendungssseite des Sozialprodukts (1962 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,3	6,1	4,5	6,2	6,0	5	4
Staatsverbrauch	12,3	8,2	5,5	8,4	8,1	5,5	6
Anlageinvestitionen	6,6	2,9	3,5	3,8	2,0	2,5	4
Ausrüstungen	6,7	5,6	4,5	7,1	4,2	4	4,5
Bauten	6,6	2,0	3	2,8	1,2	2,5	3,5
Ausfuhr	15,9	7,7	3	12,5	3,2	2	4
Einfuhr	22,0	2,9	4,5	4,7	1,3	5	4,5
Bruttosozialprodukt	6,9	8,2	3,5	9,7	6,8	3,5	4

4. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	546,6	569,0	613	273,5	295,5	291	322
Bruttolohn- und -gehaltsumme	463,6	479,6	512,5	230,6	249,0	243,5	269
Nettolohn- und -gehaltsumme	335,8	348,2	360	171,9	176,3	175	185,5
nachrichtlich:							
Nettolohn- und -gehaltsumme einschließlich Kindergeld an Arbeitnehmer	—	359,6	372	177,7	181,8	181	191
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	218,6	225,4	257,5	104,7	120,7	123,5	134,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁶⁾	167,4	176,2	206	82,1	94,1	99,5	108,5
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾ Nichtentnommene Gewinne	165,8 — 0,8	177,8 — 1,5	192 17,5	79,4 2,4	98,4 — 3,9	85 16	107 2
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	765,2	794,3	870,5	378,2	416,2	414,5	456,5
Abschreibungen	115,8	126,1	135,5	62,1	64,0	66,5	69
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	114,8	120,0	129	57,1	62,9	61	67,5
Bruttosozialprodukt	995,7	1 040,4	1 135	497,3	543,1	542	593

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	9,6	4,1	8	4,7	3,5	6,5	9
Bruttolohn- und -gehaltsumme	9,4	3,5	7	4,0	2,9	5,5	8
Nettolohn- und -gehaltsumme	7,8	3,7	3,5	4,4	3,0	1,5	5
nachrichtlich:							
Nettolohn- und -gehaltsumme einschließlich Kindergeld an Arbeitnehmer	—	7,0	3,5	7-9	6,2	1,5	5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,5	3,1	14,5	0,8	5,1	18	11,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁶⁾	6,1	5,3	17	4,0	6,5	21,5	13
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾ Nichtentnommene Gewinne	1,4 — 0,8	7,2 — 1,5	8 17,5	14,9 2,4	1,7 — 3,9	7 16	8,5 2
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	7,2	3,8	9,5	3,6	4,0	9,5	9,5
Abschreibungen	12,3	8,9	7,5	10,6	7,4	7	8
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	4,4	4,6	7,5	1,7	7,3	7,5	7,5
Bruttosozialprodukt	7,4	4,5	9	4,2	4,8	9	9

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	342,9	355,6	368	175,5	180,1	178,5	189,5
Öffentliche Einkommensübertragungen ⁸⁾	139,7	174,2	191	84,1	90,1	92,5	98,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	172,8	184,5	199,5	82,8	101,7	88,5	111
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden, nicht zurechenbare Übertragungen ⁹⁾	27,3	27,3	28	12,8	14,5	13	15
Verfügbares Einkommen	628,1	687,0	730,5	329,7	357,3	347	384
Privater Verbrauch	532,9	577,7	625	273,5	304,2	296,5	328,5
Laufende Ersparnis	95,2	109,3	105,5	56,1	53,1	50,5	55,5
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Ein- kommens (Sparquote)	15,2	15,9	14,5	17,0	14,9	14,5	14,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	7,8	3,7	3,5	4,5	3,0	1,5	5
Öffentliche Einkommensübertragungen ⁸⁾	14,7	24,7	9,5	25,2	24,2	10	9,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	6,4	6,8	8	14,1	1,4	7	9
Verfügbares Einkommen	8,7	9,4	6,5	11,7	7,3	5	7,5
Privater Verbrauch	7,5	8,4	8	8,2	8,6	8,5	8
Laufende Ersparnis	16,0	14,8	— 3,5	32,1	0,8	— 10,5	4

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1974 ¹⁾	1975 ¹⁾	1976 ²⁾	1975		1976	
	Jahre			1. Hj. ³⁾	2. Hj. ⁴⁾	1. Hj. ⁵⁾	2. Hj. ⁶⁾

6. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁰⁾
a) in Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern ¹¹⁾	247,2	247,0	270	112,5	134,5	123,5	146,5
Sozialversicherungsbeiträge	142,8	155,9	177	74,6	81,3	84	93
Erwerbseinkünfte	13,9	14,0	14	7,0	7,0	7	7
Sonstige laufende Übertragungen	10,2	10,8	11,5	5,2	5,6	5,5	6
Empfangene Vermögensübertragungen	4,7	5,6	5	2,6	3,0	2,5	2,5
Einnahmen insgesamt	418,7	433,2	477,5	201,8	231,4	222	255,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	198,0	221,4	238,5	101,3	120,1	109,5	129
Zinsen	11,6	14,0	18	6,7	7,4	8,5	9,5
Laufende Übertragungen an	165,7	201,9	220	97,6	104,3	106,5	113,5
Private Haushalte ⁸⁾	141,5	175,4	192,5	84,6	90,8	93	99,5
Unternehmen	13,8	13,9	14	6,8	7,1	7	7
Ausland	10,4	12,6	13,5	6,2	6,4	6,5	7
Geleistete Vermögensübertragungen ¹²⁾	22,3	24,5	29,5	9,8	14,7	12	17
Nettoinvestitionen	33,1	34,5	36	15,9	18,7	16,5	19,5
Ausgaben insgesamt	430,7	496,4	541,5	231,3	265,1	253	288,5
Finanzierungssaldo¹⁴⁾	- 12,0	- 63,2	- 64	- 29,5	- 33,7	- 31	- 33

b) Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern ¹¹⁾	6,9	- 0,1	9,5	- 2,1	1,7	9,5	9
Sozialversicherungsbeiträge	10,9	9,1	13,5	9,2	9,1	12,5	14,5
Erwerbseinkünfte	7,1	0,4	1,5	3,7	- 2,6	1	2
Sonstige laufende Übertragungen	17,3	6,3	6,5	8,1	4,7	6	7,5
Empfangene Vermögensübertragungen	8,1	20,1	- 11	19,4	20,7	- 7,5	- 14,5
Einnahmen insgesamt	8,5	3,5	10	2,5	4,3	10	10,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	17,7	11,8	7,5	12,5	11,3	8	7,5
Zinsen	18,0	21,4	28,5	25,1	18,2	25	31,5
Laufende Übertragungen an	12,4	21,8	9,5	23,4	20,4	9	8,5
Private Haushalte ⁸⁾	14,8	24,0	9,5	24,6	23,4	10	9,5
Unternehmen	- 1,7	0,7	0,5	7,8	- 5,3	0	1,5
Ausland	3,2	20,5	7	26,4	15,4	7,5	6,5
Geleistete Vermögensübertragungen ¹²⁾	14,5	10,2	20	9,5	10,7	24,5	16,5
Nettoinvestitionen	21,5	4,3	3,5	7,2	1,9	4	3,5
Ausgaben insgesamt	15,7	15,3	9	16,6	14,1	9,5	9

¹⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Heft 2, 1976, S. 69 ff) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität. — Angaben in Mrd. DM ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. — ²⁾ Vorausschätzungen der beteiligten Institute. — Angaben gerundet. — ³⁾ Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ⁴⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — ⁵⁾ Einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. — ⁶⁾ Ausschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 (1975: 0,12 Mrd. DM, 1976: 3,6 Mrd. DM). — ⁷⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — ⁸⁾ Einschließlich Zahlungen des Kindergeldes (Familientastenausgleich) ab 1. 1. 1975. — ⁹⁾ Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte, Jagd- und Fischereisteuer), ferner Erstattungsbeiträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen, Verwaltungsgebühren, freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nichtselbständigen zur Sozialversicherung, Saldo der Versicherungstransaktionen zwischen Schadenversicherungsunternehmen und der übrigen Haushalten, Einzelunternehmen u. ä. sowie Saldo der und Sozialversicherung. — ¹⁰⁾ Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds laufende Übertragungen zwischen privaten Haushalten und der übrigen Haushalten, Einzelunternehmen u. ä. sowie Saldo der und Sozialversicherung. — ¹¹⁾ Einschließlich Stabilitätsabgabe und Investitionssteuer. — ¹²⁾ Einschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. — ¹³⁾ Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung von Rücklagen.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 29. April 1976

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit 1975 sind erschienen:

- Nr. 103 **Leistungsstruktur der Bauwirtschaft und Perspektiven der Baunachfrage in West-Berlin.** Von H. Droege und P. Ring. 164 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 104 **Bedeutung und Möglichkeiten des Ost-West-Handels mit Energierohstoffen.** Von J. Bethkenhagen. 302 S. 1975. DM 76,—.
- Nr. 105 **Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen.** Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Von H. Birg unter Mitarbeit von E. Jöhrens und W. Kirner. 96 S. 1975. DM 36,—.
- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner. 162 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 107 **Verteilung von Entwicklungshilfe nach Empfängerländern: Probleme der Formulierung operationaler entwicklungsbezogener Strategien.** Von Hans J. Petersen. 131 S. 1975. DM 48,60.
- Nr. 108 **Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.** Von M. E. Ruban, M. Lodahl, H. Machowski, H. Vortmann. 176 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 96 S. 1975. DM 26,60.

Im Druck:

- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland - Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer.

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1974 sind erschienen:

- Heft 29 **Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt.** Vorausschau auf das langfristige Arbeitskräfte- und Bildungspotential in West-Berlin. Von A. Hegelheimer und G. Weißhuhn. 208 S. u. Tab. 1974. DM 116,—.
- Heft 30 **Intersektoraler Strukturvergleich zur Ermittlung von Schlüsselsektoren.** Empirische Ergebnisse für asiatische Entwicklungsländer anhand einheitlich aggregierter Input-Output-Tabellen. Von S. Schultz. 104 S. 1974. DM 38,60.
- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung.** — Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West). Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,—.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II. — Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982.** Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.
- Heft 37 **Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz.** Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Von P. Ring. 88 S. 1975. DM 36,60.
- Heft 38 **Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972.** Von R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels. 149 S. 1975. DM 58,—.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.